

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Regelungspreis: Die Abgabe des Postzolls für Anzeigen aus Aue und Umgebung ist 20 Schillingen, auswärtige Anzeigen 25 Schillingen. Reklamationspreis für Anzeigen 20 Schillingen. Umsonstige Anzeigen 10 Schillingen.

Die Anzeigen nehmen die Anzeiger für das Erzgebirge die Postanstalten an. — Erscheint wöchentlich. — 10.000 Exemplare. — Preis 10 Schillingen.

Programme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 183

Donnerstag, den 7. August 1924

19. Jahrgang

Die erste Begegnung.

Der entscheidende letzte Akt des großen weltgeschichtlichen Dramas, das sich gegenwärtig vor unsern Augen abspielt und an dem wir alle freiwillig oder unfreiwillig mitwirken, hat mit dem Auftreten der deutschen Delegation in London begonnen. Wird er eine glückliche Lösung finden oder mit einem tragischen Abschluß enden, durch den die Welt in neue unabsehbare Wirren gestürzt wird? Wir können es noch nicht wissen. Zwar sollte man annehmen, daß allen Beteiligten nunmehr klar geworden ist, welche ungeheuren Werte auf dem Spiele stehen und wie dringend notwendig für alle europäischen Völker, ja für die ganze Welt, die Erzielung einer Einigung ist. Aber die zu überwindenden Schwierigkeiten sind immer noch riesig groß, und es läßt sich noch kein sicherer Weg erblicken, auf dem sie mit Aussicht auf vollen Erfolg beseitigt werden können. Immerhin darf man doch schon jetzt die erste tröstliche Feststellung machen: der erste Auftritt ist einigermaßen befriedigend verlaufen und hat keine Momente gezeigt, die ernsthafte Befürchtungen für den Erfolg der Konferenz erwecken müssen.

Der Empfang der Deutschen war korrekt und höflich, und mehr konnten wir nach der ganzen Lage nicht erwarten. Der englische Premierminister Macdonald war bemüht, einen ungesunden Ton in die Verhandlungen zu bringen, der die Aussprache zweifellos erleichtern wird. Besonders zu begrüßen ist seine nachdrückliche Feststellung, daß es sich hier nicht darum handelt, den Deutschen eine neue Unterschrift abzupressen, sondern die freiwillige Übernahme der notwendigen Verpflichtungen zu erzielen. Er hat daraus die richtige Folgerung gezogen, daß die Unterschriften erst vollzogen werden können nach einer Aussprache, in der jede Partei in fairer Weise gehört worden ist. Wenn der ganze Verlauf der Verhandlungen von diesem Geiste befeuert ist, so brauchen wir um ihr Ergebnis nicht bangen zu sein.

Der englische Premierminister hat als Verhandlungsführer den Stoff der Beratungen dahin umgrenzt, daß auf der Konferenz nur über die Anwendung des Sachverständigenberichts gesprochen werden soll, und daß alle anderen Fragen ausgeschlossen werden müssen. Das entspricht durchaus dem Programm, das für die Londoner Konferenz entworfen worden ist. Damit scheiden allerdings gewisse für Deutschland außerordentlich wichtige politische Fragen aus dem offiziellen Beratungsstoff aus, insbesondere die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes. Es besteht aber kein Zweifel, daß die deutschen Unterhändler in London Gelegenheit finden werden, den deutschen Standpunkt in dieser Frage zur Geltung zu bringen. Auch auf allseitiger Seite ist man sich klar geworden, daß es nicht angeht, die Lösung dieser Frage zu vertagen. Ihre Nichtaufnahme in das Programm der Konferenz hat also lediglich formale Bedeutung. Die deutsche Delegation ist ja auch bereits an die Mitglieder in dieser Angelegenheit herantreten und hat ihnen zu verstehen gegeben, daß eine positive Lösung dieses Problems für sie die Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluß der gesamten Verhandlungen ist.

Die deutsche Delegation hat es allerdings vermieden, nach deutschnationalem Rezept mit der Tür ins Haus zu fallen. Reichskanzler Marx hat in seiner wohlabgewogenen ersten Rede in kluger Weise nicht gewisse Bedingungen in den Vordergrund gestellt, von denen gemäß den deutschnationalen Forderungen die Zustimmung Deutschlands zum Dawesbericht abhängig gemacht werden soll. Er hat sich vielmehr mit der Erklärung beschränkt, daß die deutsche Regierung den Sachverständigenplan als eine geeignete Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage ansieht. Er hat aber betont, daß die Aufgabe der Konferenz nur gelöst werden kann im Geiste friedlichen Verständigungswillens und ernster Aufrichtigkeit und daß Deutschland in dem Sachverständigenplan den Weg erblickt, der das deutsche Volk zur Freiheit und zum Frieden sowie zum Zusammenschluß mit den anderen Völkern zum gemeinsamen Wiederaufbau Europas führen soll. Damit hat der deutsche Reichskanzler in geschickter Weise die feste Grundlage gelegt, auf der er sich in den nächsten Tagen wird bewegen und die Verhandlungen führen können. Denn aus diesen wenigen Sätzen lassen sich alle die Forderungen herleiten, die Deutschland in London zu stellen hat. Deutschland wirft sich damit selbst zum Verteidiger der Grundgedanken des Dawesberichts auf und ist damit in einer ganz anderen faktischen Stellung, als wenn es den Verhandlungsgegnern von vornherein mit Einwürfen und Vorbehalten ins Gesicht gebrungen wäre. Alle die französischen Forderungen nach Verlängerung der Besatzung, Ausdehnung der Sanktionen und Befassung französisch-belgischer Personals bei den rheinischen Eisenbahnen stoßen in Widerspruch zu den Grundgedanken oder dem Geist des Dawesplanes.

Die deutschen Forderungen.

Räumung des Ruhrgebiets und Freiheit für die deutsche Eisenbahnverwaltung.

Die deutsche Antwort überreicht.

London, 6. August.

Die Bemerkungen der deutschen Delegation zu den bisher getroffenen Vereinbarungen der Londoner Konferenz sind heute vormittag dem Generalsekretär der Konferenz mit einem Begleitschreiben an den Präsidenten Macdonald übergeben worden.

Der einzige Punkt kritischer Natur, um den sich die Formulierung drehte, war der, ob und in welcher Form die Frage der militärischen Räumung fest bereits angeschnitten werden könnte.

Die Delegation hat sich entschlossen, ihre Antwort gleichsam in zwei Teile zu teilen.

Der erste Teil besteht in Bemerkungen zu den von den Alliierten ausgearbeiteten Vorschlägen und allerdert sich wieder, genau wie die Protokolle der Konferenz in die drei Gruppen der Sanktionen, der Sachlieferungen und der Ueberweisungen.

Die Delegation hat sich darauf beschränkt, lediglich die wichtigsten Fragen herauszugreifen und alles weitere der mündlichen Aussprache zu überlassen. Das Dokument hat einen Umfang von etwa 20 Schreibmaschinenseiten.

Beigegeben ist diesen Bemerkungen ein Begleitschreiben, das die Unterschrift des Reichskanzlers trägt, worin die deutsche Delegation darauf hinweist, daß die vorliegenden interalliierten Beschlüsse nach Ansicht der deutschen Delegation den mit der Inkraftsetzung des Sachverständigenplanes zusammenhängenden Fragenkomplex nicht erschöpfen. Die deutsche Delegation muß insbesondere entscheidenden Wert darauf legen, die Frage der militärischen Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete zur Erörterung zu stellen.

Andererseits hat der Herr Präsident der zweiten Kommission in seinem Begleitschreiben zu den Beschlüssen dieser Kommission erwähnt, daß die französischen und belgischen Heeresfachverständigen den Verbleib von 5000 französischen und belgischen Eisenbahnbediensteten auf bestimmten Strecken des linksrheinischen Rheins verlangen. Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß diese Forderung in dem Sachverständigenplan nicht vereinbart ist.

Die der Beschlüsse gefaßt wurde, das Ruhrprogramm in dieser Form anzupacken, hat am Dienstag früh abends auf Wunsch des englischen Ministerpräsidenten eine Aussprache zwischen ihm, dem Reichskanzler und dem Außenminister stattgefunden. Man darf also annehmen, daß nach der formalen Richtuna und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung keine Schwierigkeiten auftreten werden.

Die heutige Vollstufung unter Beteiligung der Deutschen ist schon kurz nach 1 Uhr beendet worden; sie trug rein formalen Charakter. Die deutschen Vorschläge laßen den Alliierten noch nicht in der Uebersetzung vor, weshalb keine Erörterung stattfinden konnte. Man beschränkte sich also auf die Entgegennahme der Mitteilungen und der dazu von den Deutschen gegebenen Erläuterungen. Aber auch die Auseinandersetzungen hierüber führten zu keinem praktischen Ergebnis und wurden insoweit ausgegeben. Man hört, daß in französischen Kreisen eine gewisse Nervosität fühlbar geworden ist, vor allem aber Mißbehagen über die vorzeitige Veröffentlichung des deutschen Begleitschreibens. Infolgedessen ist der Beschluß gefaßt worden, solche Veröffentlichungen von einem gemeinsamen Beschluß der Konferenz abhängig zu machen.

Politische Rundschau.

Der verlagte sächsische Staat.

Dresden, 6. August. Der Bezirksverband Dresden der Deutschen Volkspartei wollte im September 1921 ein Sommerfest in Pirna abhalten mit Musik einer Reichsmusikkapelle und einer Feste des Reichstagsabgeordneten Bräuningshaus. Wegen der gespannten politischen Lage hat sie um polizeilichen Schutz. Die Polizei erließ nach längerem Verhandlungen eine Verfügung, wonach weder die Kapelle spielen noch der Saal schwarz-weiß-rot ausgeschmückt werden, noch auch Bräuningshaus reden durfte. Mit den ersten beiden Bestimmungen hatte sich die Partei einverstanden erklärt, aber nicht mit der letzten, und als sie die Verfügung erhielt, sagte sie das Fest ab, legte aber Beschwerde beim Reichsrat ein, der die Verfügung wieder aufhob. Darauf verklagte die Volkspartei den sächsischen Staat auf Ersatz der Unkosten für das Fest in Höhe von 12 561 Mark, weil die polizeiliche Verfügung ohne Recht und unter sachlicher Verletzung der der Verträge ob-

liegenden Amtspflicht erlassen worden sei. Landgericht und Obergericht Dresden haben die Klage dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Das Obergericht stellte fest, daß die Polizei keine rechtliche Grundlage hatte, das Fest durch polizeiliche Maßnahmen zu verhindern.

Die abgebauten Reichsbeamten

Berlin, 5. August. Nach einer Zusammenstellung des Reichsfinanzministeriums sind im Reich bis zum 1. April d. J. 896 858 Personen im Reichsdienst abgebaut worden, und zwar 184 507 Beamte, 80 217 Anstellte und 232 134 Arbeiter. Die Kopfstärke bei Beginn des Abbaues betrug 1 592 914. Am meisten abgebaut hat die Reichsbahn mit rund 278 000 Köpfen. Weltliche Beamte waren am 1. April d. J. noch 9284 beschäftigt. Durch den Personalabbau ist eine Ersparnis von 484 Millionen Goldmark erzielt worden. Der Abbau ist jetzt im allgemeinen beendet, nur bei der Steuer-

Wiedersammentritt der Konferenzauschüsse.

London, 7. August. Ueber die gestrigen Verhandlungen berichtet Times: Um 9 Uhr abends haben die Sachverständigen dem Rat der Vierzehn ihren Bericht überreicht, worin sie die deutschen Bemerkungen in drei Gruppen geordnet vortrugen. Es wurde vorgeschlagen und angenommen, daß die Konferenzauschüsse wieder zusammentreten sollen unter Teilnahme deutscher Mitarbeiter. Die so gebildeten Komitees sollen heute vormittag wieder zusammentreten.

Bezüglich der Hauptfrage über die Ruhräumung wird es wahrscheinlich so kommen, daß Frankreich, Belgien und Deutschland, sobald sie zu einer Verständigung gelangen dies den anderen Mächten mitteilen werden.

New York, 6. August. Zahlreiche Bankiers äußerten die Ansicht, die Auflegung der Hälfte der im Dawesplan vorgesehenen Anleihe hierzulande bedeute nur die Einleitung des amerikanischen Programms für die finanzielle Unterstützung Deutschlands. Das Inkrafttreten des Dawesplans werde weitere Kredite und Anleihen für die deutsche Geschäftswelt zeitigen. Einzelne Banken leiteten bereits Dollarcredite für verschiedene deutsche Industrien ein ähnlich dem kürzlich hier Millionen-Dollarcredit für die Zuckerindustrie.

Schuldennachlaß für Ruhräumung.

London, 6. August. Herriot glaubt, die militärische Räumung des Ruhrgebietes nicht vor seiner Kammer vertreten zu können, ohne daß er dafür bedeutende KonzeSSIONen auf anderen Gebieten eingetauscht. Er hat die Frage der Ruhräumung mit den interalliierten Schulden verknüpft. Er ist bereit, zu räumen, wenn England und die Vereinigten Staaten dafür Frankreich Zugeständnisse in der Schuldenfrage machen, die als hinreichende KonzeSSION angesehen werden können. Über sowohl England wie die Vereinigten Staaten haben eine Verkopplung der Ruhräumung mit einem Schuldennachlaß abgelehnt. Herriot hält deshalb an seiner Forderung, der zweijährigen Frist, fest, die die Deutschen nicht einmal in Erwägung zu ziehen vermögen, weil ohne militärische Räumung zu einem annehmbaren Termin sich keine Mehrheit im Reichstag für die Dawesgesetze finden würde.